



# Steife Brise



B

## Windrichtung

Landesparteitag der SPD am 27.2.2010

Kommentar zur Hartz-IV-Debatte

Termine

Ansprechpartner/-innen

**Nicht vergessen:**

**Landesparteitag am Samstag,  
den 27. Februar 2010**

**9:30 Uhr**

**CCH, Saal 2**

## **Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

der Landesparteitag der SPD naht.

\_Am 27. Februar 2010 findet der außerordentliche Parteitag zum Thema „Unser Hamburg: Stark und solidarisch“ statt. Hierzu liegt ein ganzer Haufen von Anträgen, auch aus dem Kreis Eimsbüttel, vor. Hinzu kommt ein Leitantrag des Landesvorstandes der SPD.

\_Der Landesparteitag will vor allem eines: Ein Forum bieten für die Partei-Basis – zum Mitdiskutieren und Mit-Streiten.

Hierzu gehört, dass sich die Basis schon in den Distrikten beteiligt – die SPD braucht eine lebendige Mitgliederschaft, die der Parteispitze sagt, was sie denkt, fühlt und will!

\_Wir in Eimsbüttel Süd sind seit Jahren aktiv, wenn es um Programmdebatten geht. Schon am Grundsatzprogramm der SPD, dem Hamburger Programm von 2008, haben wir uns in Eimsbüttel Süd beteiligt. Zwei große Anträge und weitere kleine wurden damals auf dem Landesparteitag debattiert – und haben ein Mehrheitsvotum erfahren!

\_Auch dieses Mal rufen wir also auf: Genossinnen und Genossen beteiligt Euch!

Dazu sei auf einen Arbeitskreis und vor allem aber auf die Mitgliederversammlung im Februar hingewiesen!

### **Einladung zur Distriktsmitgliederversammlung**

Dienstag, 23. Februar 2010

20:00 Uhr

Kreishaus, 5. Stock

Helene-Lange-Straße 1

## **Soziale Stadt – Landesparteitag der SPD**

Am 27. Februar findet der nächste (außerordentliche) Landesparteitag der Hamburger SPD statt (9:30 Uhr im CCH). Die Landesdelegiertenversammlung läuft unter dem Titel „Unser Hamburg: Stark und solidarisch“. Themen, die zur Sprache kommen, erstrecken sich von Haushalts- und Finanzfragen, Arbeitsmarkt- und Energiepolitik über Innere Sicherheit und Kommunalpolitik. Alles vor dem Hintergrund des Leitbildes der SPD: Hamburg als eine handlungsfähige Stadt mit einem starken und solidarischen Gemeinwesen.

Das Ziel des Parteitages soll die Formulierung einer Politik (auch in Hinblick auf das Regierungsprogramm 2012) sein, die dieses Leitbild mit konkreten Inhalten für ein Regierungshandeln anreichert. Der Landesparteitag wird dazu einen Leitantrag diskutieren und abstimmen. Zusätzlich sind alle Kreise und Distrikte aufgefordert, eigene Ideen, in Form von Anträgen, einzubringen.

Wir wollen uns in Eimsbüttel Süd an dieser Diskussion und an diesem Prozess beteiligen. Dazu werden wir am Donnerstag, 18.2., um 19.30 Uhr im Kreishaus einen Arbeitskreis anbieten und in der Mitgliederversammlung am Dienstag, 23.2., über die Anträge zum Landesparteitag diskutieren. Hierzu rufen wir alle Interessierten aus der SPD in Eimsbüttel Süd zur Teilnahme auf: Macht mit!

### **Arbeitskreis Grundsatzfragen und Anträge**

**Donnerstag 18.2., 19.30 Uhr, Kreishaus, vierter Stock.**

## Zur Diskussion:

### Die Hartz IV-Debatte

#### Westerwelle gibt sich als Nicht-Historiker und die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neubestimmung des Sozialstaates

Guido Westerwelle, FDP, beklagt: Es könne nicht sein, dass diejenigen, die nicht arbeiten, mehr Geld in der Tasche haben, als diejenigen, die arbeiten. Man dürfe keinen „anstrengungslosen Wohlstand“ versprechen, auf diese Weise würde die Gesellschaft der Dekadenz verfallen und untergehen wie einst das Römische Reich.

Kommen wir auf die kläglichen Versuche des Außenministers, sich als Hobby-Historikers zu geben, später zurück, schauen wir uns zunächst einmal an: Worum geht es bei der neu auflammenden Hartz IV-Debatte?

Blicken wir ein paar Jahre zurück. Am 1.1.2005 trat das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, volksläufig als Hartz IV bekannt, in Kraft. Rot-Grün verfolgte damit ein Ziel: die Modernisierung der Arbeitsmarktpolitik. Neben der verwaltungstechnischen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in eine neue Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II) wurde hier die Grundphilosophie einer „modernen“ Arbeitsmarktpolitik zementiert: die „Aktivierung“ arbeitsfähiger Arbeitsloser. Hierbei ging es nicht nur um eine bloße *Förderung* (und ein präventives Verhalten) der Beschäftigten, sondern unzertrennlich hing damit auch die *Forderung* an die Arbeitslosen zusammen: „Eigeninitiativ“ solle sich jede und jeder dran machen, wieder beschäftigt zu werden – wenn das nicht adäquat geschieht, folgt die Strafe auf dem Fuße: die Kürzung bis hin zur Streichung vom ALG II.

#### „Leistung muss sich lohnen“

Schon länger wabert nun schon die Diskussion durch Medien und Öffentlichkeit, die Bundeskanzler a.D., Gerhard Schröder, in einem BILD-Interview 2001 mit seinem: „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“ anstieß. Es wird laut gerufen: „Arbeit muss sich lohnen“ und es könne nicht angehen, dass Menschen, die nicht arbeiten, knapp weniger, gleich

viel oder gar mehr Geld im Portemonnaie haben als diejenigen, die zur Arbeit gehen. Dazu wird mit verschiedenen Berechnungen und Behauptungen argumentiert, wie viel Menschen eigentlich zum Leben und – wenn der Diskutant gutmütig ist – auch zur Teilhabe an der Gesellschaft benötigen. Hier sind es Personen wie Thilo Sarrazin (SPD), die Wirtschaftswissenschaftler Thießen/Fischer (Grundsicherung: 132 Euro ohne Wohnkosten!) oder einige Politiker aus den Reihen der FDP und CDU, die meinen, dass die Hartz IV-Sätze zu hoch seien.

#### Wie sieht die Hartz IV-Wirklichkeit aus?

Wie sieht nun aber die Wirklichkeit der Menschen aus, die Leistungen nach dem SGB II erhalten? Der 2005 festgelegte Regelsatz von 345 Euro wurde letztes Jahr auf 359 Euro erhöht. (Ehe-)Paare müssen mit 323 Euro pro Kopf auskommen, Kinder unter 6 Jahren erhalten 60%, Kinder von 6 – 13 Jahren 70 % und Kinder von 14 – 18 Jahren 80 % der jeweiligen Regelleistung. Zusätzlich wird die Miete (und Heizkosten, keine Strom- und weiteren Kosten) übernommen. Die Wohnung wird bis zu einer „angemessenen“ Höhe (hinsichtlich der Wohnungsgröße) bezahlt, der „unangemessene“ Teil wird ebenso wie Darlehnsrückzahlungen beispielsweise für Mietkautionen oder Stromnachzahlungen vom Regelsatz abgezogen. Es besteht zudem ein umfassendes bürokratisches System, das über Zusatzleistungen und Ausnahmeregelungen entscheidet, die allesamt auf Antrag der Bedürftigen gewährt werden (können).

Außerdem: Heranwachsende und junge Erwachsene, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden zur Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern gerechnet. Ihnen steht ein Regelsatz von 80% und im Grunde kein Recht auf eine eigene Wohnung und die Mietübernahme durch Hartz IV (Ausnahme: bei Zustimmung des kommunalen Leistungsträgers)

zu. Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende gilt zudem seit 2006: Die Beweislast bei eheähnlichen Gemeinschaften liegt bei den Antragstellern, dazu kommt die Offenlegungspflicht des Konto-Verkehrs (auch des Partners, der kein Hartz IV beantragt hat) und die Stichproben-Prüfung durch einen Außendienst.

Bei Arbeitslosigkeit wird fortlaufend, besonders aber in der Anfangszeit und bei Erstantragstellern die „Arbeitswilligkeit“ des Arbeitslosen geprüft, indem ein Job oder eine Fortbildung angeboten wird – auch wenn diese alles andere als den Interessen und Fähigkeiten des Arbeitslosen entsprechen.

### **Sozialhilfe als Grundrecht: Unverhandelbar!**

Soweit ein Einblick in die Hartz-IV-Welt. In den letzten Jahren wird nun in der Öffentlichkeit kritisch über Hartz IV und das System des Forderns – und Sanktionierens – debattiert. Heribert Prantl meinte kürzlich in der Süddeutschen Zeitung, das bestehende Grundsicherungssystem sei „kleinlich, es pauschalisiert auf gute Weise (und) es produziert mit irrwitzigem Verwaltungsaufwand schlechte Ergebnisse“. Hartz IV sei der Name der Armut in Deutschland. Diese Armut ist aber – um hier einem weit verbreiteten Reflex vorzubeugen – nicht Armut wie in Indien. Arm zu sein unter Armen, das ist wohl irgendwie zu ertragen, aber arm zu sein unter protzenhaftem Reichtum, das ist unerträglich. Die deutschen Armen verhungern nicht, Armut in Deutschland bedeutet aber, ausgeschlossen zu sein aus einer Gesellschaft, in der sich in erster Linie die Bessergestellten entfalten können.

Also, ums Verhungern geht es (meist) nicht. Aber: Heute bedeutet staatliche Grundsicherung in Deutschland –wie in fast allen westlichen (ehemaligen) Industrienationen: **Sozialhilfe gibt es gegen Arbeitsbereitschaft**. Das Grundrecht auf soziale Grundleistung gilt als Tauschgeschäft, womit eine massive Entrechtung der Bürgerinnen und Bürger einher geht. Ein Grundrecht ist aber, wie der Soziologe R. Castell sagt, nicht verhandelbar, es muss respektiert werden. Sozialhilfe ist ein unbedingtes Recht eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin. Sozialhilfe beruht auf Solidarität und auf das Recht eines menschenwürdigen Lebens.

Dies ist die eine Seite der Medaille. Hinzu kommt, dass in der Hartz IV-Praxis die Rechte und Pflichten in einem extrem ungleichen Verhältnis zueinander stehen. Die Bürgerin/der Bürger muss jede „zumutbare“ Arbeit annehmen – jedoch muss der Staat, d.h. die Gesellschaft, nicht im Umkehrschluss entsprechende Angebote machen. Der Fall- bzw. Integrationsmanager (im Arbeitsamt/bei der ARGE) legt ein Angebot vor, das der Arbeitslose nicht ablehnen kann – sonst droht bald die Kürzung, bis hin zur gesamten (zeitweilig) Streichung des Regelsatzes und damit der sozialen Sicherung. Und damit die Wegnahme der gesellschaftlichen Teilhabe; der Ausschluss aus der Gesellschaft.

### **Dekadenz und Faulheit?**

Westerwelle stellt nun, wenn er über Hartz IV spricht, spätromische Dekadenz in Deutschland fest und macht indirekt Hartz-IV-Empfänger dafür verantwortlich. Welch Zynismus bei 359 Euro zum Ausgeben im Monat! Und überhaupt: Rom ist nicht aufgrund der Faulheit oder Dekadenz der Armen untergegangen – wenn, dann war es die Korruptiertheit und Luxussucht der Eliten, also 1% der Bevölkerung, das alle Reichtümer Roms unter sich aufteilte. Gut, dass uns das heute nicht bekannt vorkommt.

Westerwelle spricht vor allem zwei Gruppen an: diejenigen, die es nicht besser wissen, und diejenigen, die sich lieber darüber aufregen, dass es hier und da Einige gibt, die das Sozialsystem nutzen, um sich zurückzulehnen, als zu erkennen, dass ein System der Kontrolle, Sanktionierung und Ausgrenzung der eigentliche Skandal unserer Gesellschaft ist.

### **Urteil des Bundesverfassungsgerichts**

Nun hat das Bundesverfassungsgericht ein wichtiges Urteil gesprochen. Es besagt, dass Hartz IV gegen das Grundgesetz verstoße und dass die Berechnungsmethoden für Erwachsene und Kinder zu überarbeiten seien (bis zum 1.1.2011). Das Urteil macht deutlich, dass die Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) den Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nach Artikel 1 des Grundgesetzes nicht erfüllen und gegen das Sozialstaatsprinzip verstoße.

In der Hartz IV-Diskussion geht es derzeit also zunächst einmal um die Frage, wie hoch das Arbeitslosengeld II, insbesondere für Kinder, sein muss und soll. Dann rückt die Frage – sagen wir für sozialdemokratisch denkende Menschen, die zudem die Menschenrechte und die soziale Teilhabe aller Bürger/innen als Grundrecht ansehen – in den Mittelpunkt: Darf der Staat Druck ausüben, und wenn ja, wie viel Druck, das heißt in welcher Form darf kontrolliert und dürfen Leistungen gekürzt werden?

### **Ein Umdenken ist notwendig!**

Darüber hinaus möchte ich aber ein Weiterdenken anregen: Arbeitsmarktpolitik bedeutet heute, dass der Zwang zur Arbeit in den Mittelpunkt gestellt wird. Aktivierungspolitik á la Agenda 2010 betont Eigenverantwortung: Das Verhalten des Individuums muss sich den Verhältnissen (wenig Jobs, Niedriglohnarbeit, schlechte Arbeitsbedingungen, mangelnde Kindergärten/ Ganztagschulangebote etc.) anpassen, und es wird entsprechend ausgebildet, qualifiziert, trainiert und „dressiert“.

Daher müssen wir uns die Frage stellen: Welche Bedeutung hat die Grundidee der Aktivierungsgesellschaft und des Selbstmanagements der Lebensführung für unsere Gesellschaft: für die Schul- und Universitätsausbildung, für den beruflichen Alltag und den Umgang miteinander, für Familien und Freundeskreise, für das zivilgesellschaftliche Engagement, einschließlich der Parteienarbeit?

Meines Erachtens bedeutet die Philosophie der „Eigenverantwortung“ und „Eigeninitiative“ und des „Förderns und Forderns“, dass Selbstbestimmung und Eigenverantwortung *einseitig* in den Dienst gesellschaftlicher Ansprüche an das Individuum genommen werden und bei *Nichterfüllung* gesellschaftlich geächtet und (durch Leistungskürzungen) bestraft werden. Dann droht der Ausschluss aus der Gesellschaft – und das ist ein Prozess, dem wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entgegen treten müssen! Und zwar mit neuen Ideen, an denen wir in den nächsten Monaten und Jahren arbeiten wollen.

*Autor: Oliver Trede, Historiker/Politikwissenschaftler, Mitglied des Distrikts- und Kreisvorstandes*

## **Termine**

### **Arbeitskreis Grundsatzfragen und Antragsberatung**

Do, 18. Februar 2010

19:30 Uhr

Kreishaus, 4. Stock

### **Mitgliederversammlung**

Di, 23. Februar 2010

20:00 Uhr

Kreishaus, 5. Stock

### **Landesparteitag**

Sa, 27. Februar 2010

9:30 Uhr

CCH, Saal 2

*Vorankündigung für den März:*

### **Mitgliederversammlung mit Organisationswahlen (Delegierte & Distriktsvorstand)**

Di, 30. März 2010

19:00 Uhr (Uhrzeit noch nicht bestätigt)

Kreishaus, 5. Stock

## **Ansprechpartner Kreis**

<b>Distriktvorsitz</b>	Christoph Reuß	Fon: 040/47 86 66 Mail: <a href="mailto:christoph.reuss@hamburg.de">christoph.reuss@hamburg.de</a>
<b>Stellv. Distriktvorsitz</b>	Kristin Biesenbender	Fon: 040/46 06 94 90 Mail: <a href="mailto:kristin.biesenbender@web.de">kristin.biesenbender@web.de</a>
<b>Redaktion Steife Brise</b>	Susanne Gerhards	Fon: 040/439 15 48 Mail: <a href="mailto:steife.brise@gmx.net">steife.brise@gmx.net</a>
<b>Arbeitskreis Grundsatzfragen</b>	Oliver Trede	Mail: <a href="mailto:tredeo@web.de">tredeo@web.de</a>

**Bis zur nächsten Ausgabe!**



# **Steife Brise**



<http://eimsbuettel-sued.spd-hamburg.de>